

Antrag

der Abgeordneten René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Willi Brase, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Oliver Kaczmarek, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Marianne Schieder (Schwandorf), Swen Schulz (Spandau), Andrea Wicklein, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Starke Fachhochschulen für Innovationen in Gesellschaft und Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die rund 200 Fachhochschulen (oder auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften) leisten wesentliche Beiträge zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des deutschen Forschungs- und Hochschulwesens und zur Weiterentwicklung der Wirtschaft unseres Landes und der Gesellschaft. Bei der Bewältigung der wachsenden Studierendenzahlen wie für die Generierung neuer Wachstumsimpulse dank interdisziplinärer und anwendungsorientierter Forschung leisten die Fachhochschulen einen erheblichen Beitrag, der in der allgemeinen Debatte über den Hochschul- und Innovationsstandort Deutschland leider noch zu wenig wahrgenommen wird. Dabei sind die Fachhochschulen stark in den jeweiligen Regionen vernetzt, sie sind zumeist attraktive Partner für Unternehmen und mit innovativen Lehrkonzepten und Studienangeboten kreative Werkstätten für eine moderne Hochschullandschaft. Sie sind – wie es die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn ausdrückte – „Innovationsschmieden“, deren Potential noch lange nicht ausgeschöpft wird.

Rund 14 500 Professorinnen und Professoren lehren und forschen an deutschen Fachhochschulen. Gerade der Anstieg der Drittmittelförderung für Fachhochschulen zeigt, dass die Forschung eine immer größere Bedeutung für viele Fachhochschulen einnimmt. Dabei verfügen Professoren an Fachhochschulen nur über einen vergleichsweise geringen Mitarbeiterstab (laut Statistischem Bundesamt entfallen auf jede Professur an einer Fachhochschule rund 0,5 wissenschaftliche Mitarbeiter, auf eine Universitätsprofessur hingegen 6,5 Mitarbeiterstellen), so dass die Professoren hier meist eigenständig Projekte entwickeln, Partner ansprechen und Anträge schreiben müssen. Es fehlt hierbei an einer soliden Grundfinanzierung für Forschungsaktivitäten. Die hohe Lehrverpflichtung von Professoren an Fachhochschulen von durchschnittlich 18 Semesterwochenstunden ist eine zeitlich aufwendige Aufgabe, die die verfügbaren Zeiträume für die kreative Gestaltung von Forschungsleistungen beschränkt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur für die Beantragung von Forschungsmitteln und für die Bearbeitung von Drittmittelförderungen an Fachhochschulen noch ausbaufähig ist. Der administrative Aufwand für die Forschungsmittelverwaltung hat über die Jahre ebenso wie die Bedeutung dieser Mittel für die Fachhochschulen zugenommen. Die Bundesländer sind daher

aufgerufen, diese übergreifende Entwicklung in der Ausstattung der Fachhochschulen abzubilden.

Es ist unstrittig, dass der Bund seine Aktivitäten zur Förderung der Forschung an Fachhochschulen seit 1998 in erheblichem Maße ausgeweitet hat. Diese Intensivierung der Fördermaßnahmen hat die Professionalisierung der Forschungsaktivitäten an Fachhochschulen deutlich unterstützt. Die Zahl und die Qualität der Forschungsprojekte an Fachhochschulen haben sich erheblich verbessert. Fachhochschulen leisten hierdurch zunehmend wichtige Beiträge zur Innovationsentwicklung in Deutschland; und hierbei insbesondere im zumeist regionalen Kontext der engen Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und Unternehmen. Insbesondere die Einführung des neuen Programms „Angewandte Forschung an Fachhochschulen im Verbund mit der Wirtschaft (FH³)“ hat seit 2004 wesentliche, neue Impulse gesetzt, die bis heute nachwirken. Die konsequente programmatische Weiterentwicklung der Fachhochschulförderung und der Zusammenarbeit von Fachhochschulen mit kleinen und mittleren Unternehmen war ein Schwerpunkt der Aktivitäten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unter Leitung von Edelgard Bulmahn.

Der mutige Weg, der im Zuge der Förderung der Forschung an Fachhochschulen Anfang der 2000er-Jahre beschritten wurde, wird durch die aktuelle Bundesregierung nur zögerlich beschritten. So stellten in der Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages vom 29. Februar 2012 die geladenen Sachverständigen einstimmig fest, dass die Bundesregierung die Forschung an Fachhochschulen seit Jahren zu zögerlich fördert. Die Einführung der Projektpauschale ohne eine entsprechende Anhebung der Haushaltstitel hat zu einer massiven Reduzierung der Zahl der geförderten Projekte und damit zu erheblichen Frustrationen auf Seiten der Fachhochschulen und der beteiligten Unternehmen und weiterer Partner geführt.

So wurde berichtet, dass sich die Förderung im Rahmen des strukturell gut konzipierten Programms FHprofUnt erheblich reduziert habe (2010: 129 geförderte Projekte, Volumen 34,3 Mio. Euro // 2011: 49 geförderte Projekte, Volumen 13,5 Mio. Euro). Die geringe Erfolgsquote für die Antragsteller von unter 13 Prozent bei gleichzeitig hohen Bewertungen der Anträge führe zu erheblichen Frustrationen bei den aktiven Forscherinnen und Forschern an den Fachhochschulen wie auch auf Seiten der beteiligten Unternehmen und weiterer Kooperationspartner.

Welche Bedeutung die geförderten Projekte insbesondere für die regionale Wirtschaftsentwicklung haben, zeigt sich daran, dass die – nur – 49 geförderten Projekte von 39 Fachhochschulen in 2011 mit Beteiligung von 108 kleinen und mittleren Unternehmen, mit 64 Großunternehmen, mit 50 Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie mit 21 weiteren Einrichtungen geplant und durchgeführt werden. Es ist offenkundig, welchen Mehrwert ein Ausbau dieser – seit Jahren unterfinanzierten – Forschungsförderung haben könnte. Die SPD-Fraktion hat sich in den letzten Haushaltsdebatten deshalb wiederholt für eine Erhöhung des Ansatzes ausgesprochen.

Als weiteres Beispiel für die deutlich zu geringe Förderung der Fachhochschulen durch den Bund wurde das Programm zur Förderung von Forschungsk Kooperationen zwischen Fachhochschulen und Universitäten angeführt. Hier wurden von 90 Anträgen lediglich sieben gefördert, was einer Erfolgsquote von weniger als 10 Prozent entspricht und die Unterfinanzierung des Programms offenkundig macht.

Hinzu kommt, dass die aktuell vom Bund geförderten Förderprogramme für die Forschung an Fachhochschulen stark auf die so genannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ausgerichtet sind.

Hier trägt der Bund bisher der Tatsache zu wenig Rechnung, dass Fachhochschulen ein deutlich breiteres Fächerspektrum anbieten und über Forschungsexpertise verfügen. Auch das erhebliche bessere Angebot, welches etwa im Bereich sozialwissenschaftlicher Studiengänge oder konkret im Feld der Gesundheitsberufe seit Jahren an Fachhochschulen beobachtbar ist, wird so in der Förderpolitik des Bundes nicht hinreichend gespiegelt.

Der Wunsch nach einem – differenzierten – Promotionsrecht für Fachhochschulen ist aus Sicht der an Fachhochschulen Aktiven zur erleichterten Nachwuchsgewinnung und im Sinne einer Profilstärkung verständlich. Der seit Jahren beschrittene Weg hin zu einer engeren Kooperation von Universitäten und Fachhochschulen bei Promotionsvorhaben ist jedoch bei Weitem noch nicht ausgereizt. Durch ein neues Förderprogramm „Promotionskolleg“ sollte der Bund hier eine neue Dynamik entfachen, die Fachhochschulen und Universitäten produktiv nutzen könnten. Deutliche Verbesserungen bei der Durchlässigkeit des Wissenschaftssystems für Karrieren jenseits einer „klassischen“ Universitätskarriere sind darüber hinaus wünschenswert und zur Förderung von Innovationen unabdingbar. Karriereschritte an einer Fachhochschule müssen als Mehrwert verstanden werden. Hier haben Hochschulsystem und Forschungsförderung noch einen erkennbaren Nachholbedarf.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

- den Differenzierungs- und Spezialisierungsprozess, den die Fachhochschulen seit Jahren durchlaufen und die vielfältigen Aktivitäten der Hochschulleitungen, der Forscherinnen und Forscher sowie der Kooperationspartner der Fachhochschulen, die maßgeblich zur starken Position der Fachhochschulen im deutschen Wissenschafts- und Innovationssystem beigetragen haben;
- dass sich der Wissenschaftsrat im Juli 2010 mit seinen „Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem“ mit der wachsenden Bedeutung der Fachhochschulen intensiv auseinandersetzt hat;
- grundsätzlich – anknüpfend an die erfolgreiche Einführung einer Programmpauschale im Bereich der Deutschen Forschungsgemeinschaft e. V. in der 16. Wahlperiode – die Ausweitung der Projektpauschale auf die Projektförderung des Bundes.

III. Der Deutsche Bundestag bedauert

die Tatsache, dass die Fachhochschulen und die an Fachhochschulen aktiven Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG) weiterhin deutlich unterrepräsentiert sind, ungeachtet des begrüßenswerten, verstärkten Engagements der DFG in diesem Bereich.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Haushaltstitel „Forschung an Fachhochschulen“ um 20 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen und damit dem wachsenden Förderbedarf angemessen Rechnung zu tragen;
- sicherzustellen, dass die Einführung der Projektpauschale nicht zu einer faktischen Absenkung der verfügbaren Mittel für die Projektförderung des Bundes und die Zahl der bewilligten Anträge führt;
- die Projektpauschale rechtssicher im Förderhandbuch des BMBF zu verankern;

- kooperative Promotionsvorhaben zwischen Fachhochschulen und Universitäten durch ein neues Förderprogramm „Promotionskolleg“ stärker zu fördern;
- zu prüfen, in welcher Form zeitlich befristete Forschungsprofessuren an Fachhochschulen (mit einem angemessen reduziertem Lehrdeputat) durch den Bund unterstützt werden können;
- die spezifisch für Fachhochschulen entwickelten Fachprogramme des Bundes breiter aufzustellen und die aktuelle Engführung auf die so genannten MINT-Fächer aufzulösen;
- mit den Bundesländern einen Gesprächsprozess zu beginnen mit dem Ziel, einen Kapazitätsabbau nach Auslaufen des Hochschulpaktes 2020 an den Fachhochschulen zu verhindern;
- die DFG bei ihren Aktivitäten zur stärkeren Einbindung und Förderung von an Fachhochschulen aktiven Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu unterstützen.

Berlin, den 9. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion